

Philippinen investieren in die Infrastruktur 27.03.2017

Lösung der Verkehrsprobleme hat Priorität / Projektfinanzierung zumeist gesichert / Von Jürgen Maurer

Taipei (GTAI) - Die Philippinen brauchen für die wirtschaftliche Entwicklung eine bessere Infrastruktur. Dies gilt insbesondere für den Bereich Transport, in dem 2017 eine Investitionsoffensive startet. Aufgrund der hohen Kosten für Bau, Wartung und Betrieb der Vorhaben setzt die Regierung bei der Finanzierung auch auf ausländische Unterstützung. Deutschen Lieferanten bieten sich dabei Chancen.

Die Philippinen wollen in den nächsten Jahren massiv in die Infrastruktur investieren. Allein 2017 sind Vorhaben im Wert von 326 Mrd. philippinischen Peso (philPeso; circa 6,5 Mrd. US\$; 1 US\$ = circa 50 philPeso) geplant, wie der Finanzminister Mitte März ankündigte. Dabei handelt es sich um prioritäre Projekte, die zum größten Teil öffentlich und durch ausländische Kreditgeber finanziert werden. Deutlich höher würde die Summe ausfallen, wenn alle staatlichen und über Public-Private Partnerships (PPP) finanzierte Projekte mitberücksichtigt werden, die sich in Planungsphasen befinden.

Die Liste der Infrastrukturbereiche, in denen modernisiert oder neu gebaut werden muss, ist lang und wird die Bautätigkeit über viele Jahre anregen. Dies weckt auch das Interesse ausländischer Unternehmen, die durch ihr technisches Know-how, durch die Zulieferung von Material oder Ausrüstung wie auch durch Expertise bei Instandhaltung und Betrieb partizipieren können.

Verkehrsinfrastruktur im Fokus

Da die mangelhafte Infrastruktur die weitere Wirtschaftsentwicklung gefährdet, will die Regierung vordringlich Transportprobleme lösen, insbesondere im Straßen- und Schienenverkehr, aber auch bei Häfen und Airports. Die schwierige Verkehrssituation in der Hauptstadtregion Manila steht dabei ebenso im Blickfeld wie Transportverbindungen zwischen den Regionen.

Mit einem Baubeginn 2017 wird etwa für den Metro Manila Bus Rapid Transport, drei neue Brücken über den Pasig-Fluß und Schienenanbindung zwischen Clark und Subic sowie Tutuban und Clark geplant. Zudem wird eine Nord-Süd-Bahnverbindung (Tutuban bis Bicol) über 581 Kilometer und der Ausbau des Clark-Airports begonnen, wie der Finanzminister laut Bericht der Business World vom 17.3.17 ankündigte.

2018 sollen weitere Neubauten von Brücken über den Pasig-Fluß folgen. Zudem stehen weitspannige Brücken zur Verbindung verschiedener Inseln (zwischen Bicol und Samar, Leyte und Surigao) auf dem Plan, die einen durchgehenden Straßentransport zwischen den drei großen Inselgruppen von Luzon im Norden über die Visayas in der Mitte bis nach Mindanao im Süden ermöglichen sollen.

Darüber hinaus stehen für 2017 auch der Baubeginn für Wasserversorgungsprojekte auf dem Regierungsplan. Dazu gehören das Chico River Pump Irrigation Project (Kosten: 2,7 Mrd. philPeso) und das New Centennial Water Source Project (18,7 Mrd. philPeso). Eine Reihe von Projekten zur Flughafenmodernisierung oder zum Neubau sind gegenwärtig in der Pipeline und könnten relativ schnell umgesetzt werden.

Hoher Finanzierungsbedarf

Die nötige Finanzierung ist vorhanden. Die Regierung hat die genehmigten Infrastrukturausgaben 2017 gegenüber 2016 erhöht. Deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat dadurch die 5%-Marke überschritten, so das Department of Budget and Management. Dennoch benötigt das Land aufgrund der Vielzahl der Vorhaben und der Höhe der Investitionssummen weitere Finanzierung.

Zu den größten Kreditgebern entwickelt sich China, nachdem sich unter dem neuen Präsidenten Rodrigo Duterte die politischen Beziehungen zum Land verbessert haben. So haben sich beide Seiten im März 2017 für die nächsten zwei bis drei Jahre auf die Finanzierung prioritärer Projekte mit chinesischen Geldern verständigt. Sie sind Teil einer umfassenderen Vereinbarung, die insgesamt 19 Mrd. US\$ an Zusagen umfasst, von denen 9 Mrd. \$ Darlehen und 10 Mrd. \$ Unternehmensinvestitionen sind.

Seit vielen Jahren gewährt Japan den Philippinen günstige Mittel. So gab es 2017 Zusagen für Entwicklungsfinanzierungen und private Investitionen in Höhe von 8,8 Mrd. \$. Auch von deutscher Seite können die Philippinen ab 2017 wieder mit staatlichen Investitions Garantien und Finanzierungsmöglichkeiten rechnen.

Ausreichend Kapitalquellen vorhanden

Abgesehen von zwischenstaatlichen Darlehenszusagen und Garantien können die Projekte auf Kapital von staatlichen und privaten in- und ausländischen Banken zurückgreifen, denn die internationalen Ratingagenturen stufen die Philippinen als "Investmentgrade" ein. Eine wichtige Finanzierungsquelle bilden auch die philippinischen Großunternehmen, die bei den meisten Projekten Konsortialführer sind.

Nicht zuletzt erhält das Land Finanzmittel über internationale Einrichtungen wie Asian Development Bank (ADB), Weltbank-Gruppe und die neu gegründete Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). So will die ADB den Philippinen von 2017 bis 2019 Darlehen in Höhe von 4,2 Mrd. \$ für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten und anderen Entwicklungsaktivitäten zur Verfügung zu stellen.

Laut Schätzung der HSBC-Bank werden bis 2030 jährliche Investitionen in die Infrastruktur in Höhe von mindestens 25 Mrd. \$ benötigt. Dies übersteigt aber die eigenen Finanzierungsmöglichkeiten des Landes, selbst wenn die jährlichen öffentlichen Infrastrukturausgaben von 2017 bis 2022 - wie laut Regierung geplant - auf bis zu 7% des BIP zulegen sollten.

(M.J.)

Weitere Informationen zu Wirtschaftslage, Branchen, Geschäftspraxis, Recht, Zoll, Ausschreibungen und Entwicklungsprojekten in den Philippinen können Sie unter <http://www.gtai.de/philippinen> ▶ abrufen. Die Seite <http://www.gtai.de/asien-pazifik> ▶ bietet einen Überblick zu verschiedenen Themen in Asien-Pazifik.

KONTAKT

Anna Westenberger

☎ +49 30 200 099 393

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.